



Haushalts- und Finanzausschuß

52. Sitzung (nicht öffentlich)

30. April 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.00 Uhr

Vorsitz: Gisela Meyer-Schiffer (SPD)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 **Steuereinnahmen im ersten Quartal des Jahres 1998**

1

Finanzminister Schleußer berichtet über die Entwicklung der Steuereinnahmen und diskutiert mit dem Ausschuß über damit zusammenhängende Fragen.

- 2 **Nicht genehmigte über- und außerplanmäßige Ausgaben im Rechnungsjahr 1996** 4
Vorlage 12/1988

Der Ausschuß erteilt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion der Vorlage des Finanzministers die Zustimmung.

Berichterstatterin: Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU).

- 3 **Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)** 6
Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2891
Vorlage 12/2034

Der Ausschuß nimmt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion den Gesetzentwurf an.

- 4 **Stand der Fahndungsprüfungen im Zusammenhang mit der Durchsuehung nordrhein-westfälischer Banken** 6

Dem Bericht des Finanzministers schließt sich eine Aussprache an.

- 5 Den Euro als Chance begreifen und NRW rechtzeitig auf die Umstellung vorbereiten!** 15

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2878
EU-Vorlage 12/271

Nach einer Diskussion lehnt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU den Antrag der CDU-Fraktion ab.

- 6 Für einen gerechten Länderfinanzausgleich und einen starken Föderalismus** 17

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2890

Nach einer ausführlichen Diskussion wird der Antrag der CDU-Fraktion mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

- 7 Private Vorfinanzierung von Landesstraßen im Haushalt absichern** 21

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2825
Vorlage 12/1993

Der Antrag der CDU-Fraktion wird nach einer Aussprache mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

- 8** **Einwilligung des Landtags Nordrhein-Westfalen gemäß § 64 Abs. 2 LHO in die Veräußerung von landeseigenen Wohnhäusern in Wesel** 23
Vorlage 12/1997

Der Ausschuß erteilt dem Antrag der Landesregierung mit den Stimmen aller Fraktionen die Zustimmung.

Berichterstatterin: Elke Talhorst (SPD).

- 9** **Gemeinschaftsaufgabe nach § 91 b GG** 23
hier: **Modellversuche im Hochschulbereich**
Vorlage 12/2000

Der Ausschuß empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen die von der Landesregierung beabsichtigte Vereinbarung nach Artikel 91 b Grundgesetz - Vorlage 12/2000 - gemäß § 10 Abs. 4 LHO zur Kenntnis zu nehmen, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE).

- 10** **Offene Aufträge aus dem Berichterstattergespräch für den Einzelplan 14 (Minister für Bauen und Wohnen)** 24
Vorlage 12/2027

Der Ausschuß nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

11 Verschiedenes

24

**hier: Fachgespräch zur Neuorganisation der Landesabteilungen der
Oberfinanzdirektionen**

Der Ausschuß beschließt nach einer Aussprache mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, den Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses vom 26. März 1998 auf Durchführung eines Fachgesprächs zur Neuordnung der Landesabteilungen der Oberfinanzdirektionen rückgängig zu machen.

Sodann beantragt die CDU-Fraktion, eine Anhörung zu dem Thema "Neuorganisation der Landesabteilungen der Oberfinanzdirektionen" durchzuführen.

Dieser Antrag auf Durchführung einer Anhörung erhält mit den Stimmen der CDU-Fraktion - gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - gemäß § 32 Abs. 4 der Geschäftsordnung eine ausreichende Unterstützung.

3 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz - LABG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 12/2891
Vorlage 12/2034

Peter Bensmann (CDU) verweist darauf, von dem Gesetzentwurf betroffen seien etwa 14 000 Lehrer. In diesem Jahr solle für etwa 50 Lehrer haushaltsneutral eine Beförderungsmöglichkeit geschaffen werden. Insgesamt betreffe die Möglichkeit ohnehin nur 200 Personen. Nach Auffassung seiner Fraktion sei das auch wegen der in der Öffentlichkeit erzeugten Erwartungshaltung zu wenig. - **Stellv. Vorsitzende Gisela Meyer-Schiffer** merkt an, die entsprechenden Zahlen seien mit der Vorlage allen Ausschußmitgliedern zur Kenntnis gegeben worden.

Ernst-Martin Walsken (SPD) weist darauf hin, mit dem Gesetzentwurf seien zunächst einmal keine stellenplanmäßigen Auswirkungen verbunden. Vielmehr solle mit ihm überhaupt erst die Inanspruchnahme von A 13-Stellen für den Bereich der Altlehramtsinhaber ermöglicht werden. Im letzten Jahr habe man bereits vorsorglich wegen der gewollten Änderung in diesem Bereich für das laufende Haushaltsjahr diese Stellen beschlossen. Es könne in diesem Jahr beobachtet werden, ob diese 50 Beförderungsmöglichkeiten ausreichen. Auch in den nächsten Jahren werde verfolgt werden, welche stellenplanmäßigen Auswirkungen sich ergäben. Verbindlich sagen könne er aber, wenn stellenplanmäßige Auswirkungen größeren Ausmaßes einträten, werde versucht, diese kostenneutral umzusetzen und nicht die Zahl der A 13-Stellen ohne Kompensation im Bereich des Einzelplans 05 auszudehnen.

4 Stand der Fahndungsprüfungen im Zusammenhang mit der Durchsuehung nordrhein-westfälischer Banken

Stellv. Vorsitzende Gisela Meyer-Schiffer teilt mit, die CDU-Fraktion habe mit Schreiben vom 24. März 1998 darum gebeten, zu diesem Tagesordnungspunkt einen Bericht der Landesregierung zu erhalten. Das Finanzministerium sei entsprechend informiert worden.

Finanzminister Heinz Schleußer führt zusammengefaßt aus:

Es ist richtig, daß die sogenannten Banken-Fälle eine Reihe von Herausforderungen für das Personal und die technische Ausrüstung mit sich gebracht haben. Wir haben bei der Steuerfahndung und bei den Straf- und Bußgeldsachenstellen Personal zugeführt, womit, wie ich glaube, den gestiegenen Fallzahlen Rechnung getragen worden ist. Außerdem haben wir die technische Ausstattung erheblich verbessert.